

Informationen zum "Gesetz über die geordnete Rückkehr"

Februar 2019

Das Innenministerium hat einen Gesetzesentwurf erstellt um die „effektive“ Abschiebung von Menschen zu erzwingen, deren Asylantrag in Deutschland abgelehnt wurde. Die Zahl der Abgeschobenen soll steigen um „die wirklich Schutzbedürftigen zu unterstützen und das Vertrauen in den Rechtsstaat zu ermöglichen“. Das Innenministerium will diejenigen stärker unterscheiden und sanktionieren, die ihre „Identität verschleiern“ und damit aufgrund fehlender Identität und Passpapiere nicht abgeschoben werden können. Das Ministerium will Menschen mit Duldung in jene aufteilen, die an ihrem Aufenthalt in Deutschland „schuld“ sind und jene, die unverschuldet nicht ausreisen können.

Zentrale Punkte sind:

- **Entzug der Duldung** für Menschen, deren Identität nicht geklärt ist oder denen vorgeworfen wird, nicht genug an ihrer Passbeschaffung mitzuwirken. Neuer Status „Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht“ mit Arbeitsverbot, Verbot der Ausbildung, Bildungs- und Integrationsverbot; Geldkürzung. Das bedeutet auch keine „Ausbildungsduldung“ mehr;

- Menschen aus sogenannten „Sicheren Herkunftsstaaten“ (bislang sind das alle EU-Länder, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien) sollen von Anfang an keine Duldung mehr bekommen, sondern die „Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht“;

- Ausweitung der Sicherungshaft und Einführung der „Erweiterten Vorbereitungshaft“: Ermöglichung der **Abschiebungshaft**, wenn Menschen ihre Abschiebung umgehen. Das betrifft vor allem Menschen, die ihre Identität nicht offenlegen;

- Abschiebehäftlinge sollen trotz europarechtlichen Vorgaben zusammen mit Strafgefangenen aus Mangel an **Abschiebungshaftplätzen** inhaftiert werden;

- Verschärfungen der **Einreisesperren und Ausweisungen**;

- Weitere Verschärfungen bei der Geltendmachung von Abschiebungshindernissen wegen Krankheit;

- Erhöhte Anforderungen an die **Passbeschaffungspflicht**;

- Verschärfungen bei **Wohnsitzauflagen, Residenzpflicht und Meldeauflagen**;

- Die **Strafbarkeit von solidarischen Menschen und Organisationen** soll erweitert werden. Das Veröffentlichen und Weiterleiten von Abschiebungsterminen oder Botschaftsanhörungen soll kriminalisiert werden als „Behinderung der Abschiebung“.

Wir halten diese Zustände nicht mehr aus. Rechte Hetze und Politik nehmen zu und verhindern ein gesellschaftliches Miteinander. Wir fordern ein Bleiberecht für alle! Keine Sanktionen, keine Abschiebungshaft und keine Abschiebungen mehr! Kein Mensch ist illegal - Solidarität darf nicht kriminalisiert werden!

Was können wir tun gegen Gesetze wie diese? Die Vergangenheit zeigt, dass menschenunwürdige Gesetze mit kleinen Änderungen in kürzester Zeit durch den Bundestag beschlossen wurden. Wir wollen solidarisch mit den Betroffenen rassistischer Gesetzgebung und Politik sein.

Wir laden ein zum Vernetzungstreffen um uns auszutauschen und über gemeinsame Aktionen zu sprechen. Egal ob explizit antirassistisch, Einzelperson oder Gruppe, geflüchtet oder nicht – Kommt alle vorbei und teilt bitte die Einladung.

Wann? Mittwoch, 27. Februar 2019

16:00 – 18:00 Uhr

Adresse: Seminarraum .lkj);

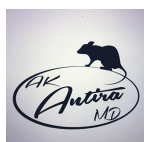
Brandenburger Straße 9, 39104 Magdeburg (Straßenbahn Station City Carré/ Hauptbahnhof)

→ Übersetzung in Englisch und Französisch.

→ Eine Kinderbetreuung wird es im Haus geben, Kinder sind auch herzlich willkommen.

Email: antiramd@riseup.net

Infos: www.antiragnetlsa.blogspot.de



ANTIRASSISTISCHES NETZWERK SACHSEN-ANHALT

Informationen zum "Gesetz über die geordnete Rückkehr"

Februar 2019

Das Innenministerium hat einen Gesetzesentwurf erstellt um die „effektive“ Abschiebung von Menschen zu erzwingen, deren Asylantrag in Deutschland abgelehnt wurde. Die Zahl der Abgeschobenen soll steigen um „die wirklich Schutzbedürftigen zu unterstützen und das Vertrauen in den Rechtsstaat zu ermöglichen“. Das Innenministerium will diejenigen stärker unterscheiden und sanktionieren, die ihre „Identität verschleiern“ und damit aufgrund fehlender Identität und Passpapiere nicht abgeschoben werden können. Das Ministerium will Menschen mit Duldung in jene aufteilen, die an ihrem Aufenthalt in Deutschland „schuld“ sind und jene, die unverschuldet nicht ausreisen können.

Zentrale Punkte sind:

- **Entzug der Duldung** für Menschen, deren Identität nicht geklärt ist oder denen vorgeworfen wird, nicht genug an ihrer Passbeschaffung mitzuwirken. Neuer Status „Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht“ mit Arbeitsverbot, Verbot der Ausbildung, Bildungs- und Integrationsverbot; Geldkürzung. Das bedeutet auch keine „Ausbildungsduldung“ mehr;

- Menschen aus sogenannten „Sicheren Herkunftsstaaten“ (bislang sind das alle EU-Länder, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien) sollen von Anfang an keine Duldung mehr bekommen, sondern die „Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht“;

- Ausweitung der Sicherungshaft und Einführung der „Erweiterten Vorbereitungshaft“: Ermöglichung der **Abschiebungshaft**, wenn Menschen ihre Abschiebung umgehen. Das betrifft vor allem Menschen, die ihre Identität nicht offenlegen;

- Abschiebehäftlinge sollen trotz europarechtlichen Vorgaben zusammen mit Strafgefangenen aus Mangel an **Abschiebungshaftplätzen** inhaftiert werden;

- Verschärfungen der **Einreisesperren und Ausweisungen**;

- Weitere Verschärfungen bei der Geltendmachung von Abschiebungshindernissen wegen Krankheit;

- Erhöhte Anforderungen an die **Passbeschaffungspflicht**;

- Verschärfungen bei **Wohnsitzauflagen, Residenzpflicht und Meldeauflagen**;

- Die **Strafbarkeit von solidarischen Menschen und Organisationen** soll erweitert werden. Das Veröffentlichen und Weiterleiten von Abschiebungsterminen oder Botschaftsanhörungen soll kriminalisiert werden als „Behinderung der Abschiebung“.

Wir halten diese Zustände nicht mehr aus. Rechte Hetze und Politik nehmen zu und verhindern ein gesellschaftliches Miteinander. Wir fordern ein Bleiberecht für alle! Keine Sanktionen, keine Abschiebungshaft und keine Abschiebungen mehr! Kein Mensch ist illegal - Solidarität darf nicht kriminalisiert werden!

Was können wir tun gegen Gesetze wie diese? Die Vergangenheit zeigt, dass menschenunwürdige Gesetze mit kleinen Änderungen in kürzester Zeit durch den Bundestag beschlossen wurden. Wir wollen solidarisch mit den Betroffenen rassistischer Gesetzgebung und Politik sein.

Wir laden ein zum Vernetzungstreffen um uns auszutauschen und über gemeinsame Aktionen zu sprechen. Egal ob explizit antirassistisch, Einzelperson oder Gruppe, geflüchtet oder nicht – Kommt alle vorbei und teilt bitte die Einladung.

Wann? Mittwoch, 27. Februar 2019

16:00 – 18:00 Uhr

Adresse: Seminarraum .lkj);

Brandenburger Straße 9, 39104 Magdeburg (Straßenbahn Station City Carré/ Hauptbahnhof)

→ Übersetzung in Englisch und Französisch.

→ Eine Kinderbetreuung wird es im Haus geben, Kinder sind auch herzlich willkommen.

Email: antiramd@riseup.net

Infos: www.antiragnetlsa.blogspot.de



ANTIRASSISTISCHES NETZWERK SACHSEN-ANHALT

Information on the "law of orderly return"

February 2019

The Interior Ministry has issued a draft law to enforce the „effective“ deportation of people whose asylum application in Germany has been rejected. The number of people deported should increase to „support the people truly in need of protection and to facilitate the faith in the rule of law“. The Interior Ministry wants to separate and sanction those who „cover up their identity“ and who cannot be deported due to unclear identity or missing passport. The ministry wants to divide people who are „guilty“ for residence in Germany and those who cannot leave of no fault of their own.

Main points are:

- **Withdrawal of Duldung** status for people whose identity cannot be clarified or who are accused of not cooperating in obtaining their passport. New status „Document about the enforceable duty of departure“ with prohibition of work, qualification, prohibition of education and integration, money shortening. This means also no „Ausbildungsduldung (Duldung during apprenticeship) anymore;

- People from so-called „safe countries of origin“ (currently all EU countries, Albainia, Bosnia and Herzegovina, Ghana, Cosovo, Macedonia, Montenegro, Senegal and Serbia) should get no Duldung from beginning on but the „Document about the enforceable duty of departure“;

- Extension of **pre-deportation detention**; implementation of „extended preparatory detention“: Enabling detention if people prevent their deportation. This especially concerns people who do not reveal their identity;

- Deportation prisoners shall be imprisoned with convicts due to a lack of **deportation prisons** and despite European standards;

- Intensification of **entry barriers and expulsions**;

- Further hardening the possibility to raise the claim of deportation impediment due to a disease;

- Higher demands concerning **duty to obtain a passport**;

- Intensification of **restraint or duty of residence and reporting obligations**;

- **Punishability of solidary people** and organisations shall be extended. Publishing and forwarding deportation appointments or embassy hearings shall be criminalized as „hindering deportation“.

We can't tolerate these condition any more. Right-wing agitation and politics increase and prohibit a social life together. We demand a right to stay for everybody! No sanctions, no pre-deportation detention and no deportations anymore! No one is illegal – Solidarity shall not be criminalized!

What can we do against such laws? From the past we have learned that inhumane laws are being passed by the parliament with small changes within short time. We want to solidarise with people affected by racist law-making and politics.

We invite everybody to a network meeting to exchange and talk about what we can organize together. Irregardless if you are explicitly anti-racist, single person or group, refugee or not – everybody can join the meeting and please share the invitation.

When? Wednesday, 27. February 2019

16:00 – 18:00 o'clock

Address: Seminarraum .lkj);

Brandenburger Straße 9, 39104 Magdeburg (tram Station City Carré/ Hauptbahnhof)

→ Translation into English and French.

→ There will be a child care in the house; children are also welcome.

Email: antiramd@riseup.net

Info: www.antiragnetlsa.blogspot.de



Information on the "law of orderly return"

February 2019

The Interior Ministry has issued a draft law to enforce the „effective“ deportation of people whose asylum application in Germany has been rejected. The number of people deported should increase to „support the people truly in need of protection and to facilitate the faith in the rule of law“. The Interior Ministry wants to separate and sanction those who „cover up their identity“ and who cannot be deported due to unclear identity or missing passport. The ministry wants to divide people who are „guilty“ for residence in Germany and those who cannot leave of no fault of their own.

Main points are:

- **Withdrawal of Duldung** status for people whose identity cannot be clarified or who are accused of not cooperating in obtaining their passport. New status „Document about the enforceable duty of departure“ with prohibition of work, qualification, prohibition of education and integration, money shortening. This means also no „Ausbildungsduldung (Duldung during apprenticeship) anymore;

- People from so-called „safe countries of origin“ (currently all EU countries, Albainia, Bosnia and Herzegovina, Ghana, Cosovo, Macedonia, Montenegro, Senegal and Serbia) should get no Duldung from beginning on but the „Document about the enforceable duty of departure“;

- Extension of **pre-deportation detention**; implementation of „extended preparatory detention“: Enabling detention if people prevent their deportation. This especially concerns people who do not reveal their identity;

- Deportation prisoners shall be imprisoned with convicts due to a lack of **deportation prisons** and despite European standards;

- Intensification of **entry barriers and expulsions**;

- Further hardening the possibility to raise the claim of deportation impediment due to a disease;

- Higher demands concerning **duty to obtain a passport**;

- Intensification of **restraint or duty of residence and reporting obligations**;

- **Punishability of solidary people** and organisations shall be extended. Publishing and forwarding deportation appointments or embassy hearings shall be criminalized as „hindering deportation“.

We can't tolerate these condition any more. Right-wing agitation and politics increase and prohibit a social life together. We demand a right to stay for everybody! No sanctions, no pre-deportation detention and no deportations anymore! No one is illegal – Solidarity shall not be criminalized!

What can we do against such laws? From the past we have learned that inhumane laws are being passed by the parliament with small changes within short time. We want to solidarise with people affected by racist law-making and politics.

We invite everybody to a network meeting to exchange and talk about what we can organize together. Irregardless if you are explicitly anti-racist, single person or group, refugee or not – everybody can join the meeting and please share the invitation.

When? Wednesday, 27. February 2019

16:00 – 18:00 o'clock

Address: Seminarraum .lkj);

Brandenburger Straße 9, 39104 Magdeburg (tram Station City Carré/ Hauptbahnhof)

→ Translation into English and French.

→ There will be a child care in the house; children are also welcome.

Email: antiramd@riseup.net

Info: www.antiragnetlsa.blogspot.de



Informations sur la "loi du retour ordonné"

Février 2019

Le ministère de l'Intérieur a publié un projet de loi visant à imposer l'expulsion «effective» aux personnes dont la demande d'asile en Allemagne a été rejetée. Le nombre de personnes expulsées devrait augmenter afin de «soutenir les personnes qui ont vraiment besoin de protection et de faciliter la confiance en l'État de droit». Le ministère de l'Intérieur souhaite séparer et sanctionner ceux qui «dissimulent leur identité» et qui ne peuvent pas être expulsés en raison d'une identité ou d'un passeport manquant. Le ministère veut diviser les personnes «coupables» d'être en Allemagne et celles qui ne peuvent pas partir non imputables.

Les points principaux sont:

- **Retrait du statut de Duldung** pour les personnes dont l'identité ne peut pas être clarifiée ou qui sont accusées de ne pas avoir coopéré à l'obtention de leur passeport. Nouveau statut «Document de quitter le territoire allemand» avec interdiction de travail, qualification, interdiction d'éducation et d'intégration, réduction des ressources financières. Cela signifie également qu'il n'y a plus de „Ausbildungsduldung (Duldung pendant l'apprentissage);

- Les personnes originaires de "pays d'origine sûrs" (actuellement tous les pays de l'UE, Albain, Bosnie-Herzégovine, Ghana, Cosovo, Macédoine, Monténégro, Sénégal et Serbie) ne devraient plus recevoir une „Duldung“ mais le "Document de quitter le territoire allemand“;

- Prolongation de la **rétenion administrative**; mise en œuvre de la «détention préparatoire prolongée»: permettre la détention si des personnes empêchent l'expulsion. Cela concerne en particulier les personnes qui ne révèlent pas leur identité.

- Les prisonniers d'expulsion seront incarcérés avec des condamnés en raison de l'absence de prisons d'expulsion et malgré les normes européennes;

- Intensification des **barrières à l'entrée et des expulsions**;

- Renforcer encore la possibilité de faire valoir l'empêchement d'expulsion en raison d'une maladie;

- Exigences plus élevées concernant **l'obligation d'obtenir un passeport**;

- Renforcement de **l'obligation de résidence, des obligations de déclaration („Residenzpflicht“)** ;

- Élargissement de la **pénalité des personnes et des organisations solidaires**. La publication et la transmission de dates d'expulsion ou des audiences d'ambassade sont considérées comme «entrave à l'expulsion».

Nous ne pouvons plus tolérer ces conditions. L'agitation et la politique de droite augmentent et interdisent une vie sociale commune. Nous réclamons le droit de rester pour tout le monde! Pas de sanctions, pas de rétention administrative et plus d'expulsions! Personne n'est illégal - La solidarité ne doit pas être criminalisée!

Que pouvons-nous faire contre de telles lois? Nous avons appris du passé que des lois inhumaines sont adoptées par le parlement avec de petites modifications en peu de temps. Nous voulons nous solidariser avec les personnes touchées par la politique raciste.

Nous invitons tout le monde à une réunion de réseau pour s'entretenir et de parler sur les activités collectifs. Peu importe si vous êtes explicitement anti-raciste, seul ou groupe, réfugié ou non, tout le monde peut rejoindre la réunion et partager l'invitation.

**Quand? Mercredi, 27 février 2019
16h00-18h00**

Adresse: Seminarraum .lkj);
Brandenburger Straße 9, 39104 Magdeburg
(Station tramway City Carré / Hauptbahnhof)
→ Traduction en Anglais et Français.

→ Il y'aura une garde d'enfants dans la maison – des enfants sont bienvenu(e)s aussi.

Email: antiramd@riseup.net

Info: www.antiranetlsa.blogspot.de



Informations sur la "loi du retour ordonné"

Février 2019

Le ministère de l'Intérieur a publié un projet de loi visant à imposer l'expulsion «effective» aux personnes dont la demande d'asile en Allemagne a été rejetée. Le nombre de personnes expulsées devrait augmenter afin de «soutenir les personnes qui ont vraiment besoin de protection et de faciliter la confiance en l'État de droit». Le ministère de l'Intérieur souhaite séparer et sanctionner ceux qui «dissimulent leur identité» et qui ne peuvent pas être expulsés en raison d'une identité ou d'un passeport manquant. Le ministère veut diviser les personnes «coupables» d'être en Allemagne et celles qui ne peuvent pas partir non imputables.

Les points principaux sont:

- **Retrait du statut de Duldung** pour les personnes dont l'identité ne peut pas être clarifiée ou qui sont accusées de ne pas avoir coopéré à l'obtention de leur passeport. Nouveau statut «Document de quitter le territoire allemand» avec interdiction de travail, qualification, interdiction d'éducation et d'intégration, réduction des ressources financières. Cela signifie également qu'il n'y a plus de „Ausbildungsduldung (Duldung pendant l'apprentissage);

- Les personnes originaires de "pays d'origine sûrs" (actuellement tous les pays de l'UE, Albain, Bosnie-Herzégovine, Ghana, Cosovo, Macédoine, Monténégro, Sénégal et Serbie) ne devraient plus recevoir une „Duldung“ mais le "Document de quitter le territoire allemand“;

- Prolongation de la **rétenion administrative**; mise en œuvre de la «détention préparatoire prolongée»: permettre la détention si des personnes empêchent l'expulsion. Cela concerne en particulier les personnes qui ne révèlent pas leur identité.

- Les prisonniers d'expulsion seront incarcérés avec des condamnés en raison de l'absence de prisons d'expulsion et malgré les normes européennes;

- Intensification des **barrières à l'entrée et des expulsions**;

- Renforcer encore la possibilité de faire valoir l'empêchement d'expulsion en raison d'une maladie;

- Exigences plus élevées concernant **l'obligation d'obtenir un passeport**;

- Renforcement de **l'obligation de résidence, des obligations de déclaration („Residenzpflicht“)** ;

- Élargissement de la **pénalité des personnes et des organisations solidaires**. La publication et la transmission de dates d'expulsion ou des audiences d'ambassade sont considérées comme «entrave à l'expulsion».

Nous ne pouvons plus tolérer ces conditions. L'agitation et la politique de droite augmentent et interdisent une vie sociale commune. Nous réclamons le droit de rester pour tout le monde! Pas de sanctions, pas de rétention administrative et plus d'expulsions! Personne n'est illégal - La solidarité ne doit pas être criminalisée!

Que pouvons-nous faire contre de telles lois? Nous avons appris du passé que des lois inhumaines sont adoptées par le parlement avec de petites modifications en peu de temps. Nous voulons nous solidariser avec les personnes touchées par la politique raciste.

Nous invitons tout le monde à une réunion de réseau pour s'entretenir et de parler sur les activités collectifs. Peu importe si vous êtes explicitement anti-raciste, seul ou groupe, réfugié ou non, tout le monde peut rejoindre la réunion et partager l'invitation.

**Quand? Mercredi, 27 février 2019
16h00-18h00**

Adresse: Seminarraum .lkj);
Brandenburger Straße 9, 39104 Magdeburg
(Station tramway City Carré / Hauptbahnhof)
→ Traduction en Anglais et Français.

→ Il y'aura une garde d'enfants dans la maison – des enfants sont bienvenu(e)s aussi.

Email: antiramd@riseup.net

Info: www.antiragnetlsa.blogspot.de

